

Interview des Monats



Demokratie im Parteienstaat

Als Bundestagspräsident hat Prof. Dr. Norbert Lammert das zweithöchste Amt in Deutschland inne. In der Urania spricht der erfahrene Politiker am 5. April um 19.30 Uhr zum Thema „Demokratie im Parteienstaat – zwischen Repräsentation und Bürgerwille“. Besucher sind eingeladen, anschließend die Herausforderungen und Perspektiven unseres demokratischen Systems mit dem Bundestagspräsidenten zu diskutieren.

[Zur Veranstaltung](#)

Urania: Lieber Herr Lammert, seit 1980 sind Sie Mitglied des Deutschen Bundestages. Wie hat sich der Parlamentsbetrieb seitdem verändert? Mit welchen neuen Anforderungen sollte sich das politische System stärker auseinandersetzen?

Eine der größten Herausforderungen unseres Landes besteht darin, die Demokratie als Normalzustand zu vermitteln. Das betrifft das Parlament naturgemäß an vorderster Stelle. Ausnahmezustände, wie in der DDR vor und nach dem Fall der Mauer, entfalten eine nicht weiter erklärungsbedürftige Faszination, sie erzeugen ein hohes Maß an Aufmerksamkeit und Beteiligung. Das ist umso schwieriger, als sich der gesamte öffentliche Kommunikationsprozess enorm beschleunigt hat. Elektronische Massenmedien sind in der Politik allgegenwärtig, das war vor dreißig Jahren noch sehr anders und es waren auch nicht so viele Akteure daran beteiligt, wie heute. An den parlamentarischen Abläufen hat sich hingegen nur wenig geändert.

Sie plädieren für eine Belebung der Debattenkultur im Bundestag und wünschen etwa eine Optimierung der wöchentlichen Regierungsbefragung nach Kabinettsitzungen oder auch der ebenfalls wöchentlich stattfindenden Fragestunde im Bundestag – was kann man besser machen?

In der Tat wünschte ich mir ein höheres Maß an Lebendigkeit bei den oftmals eher unergiebigem Fragestunden. Das könnte und sollte tatsächlich besser sein. Aber das ist nur ein kleiner Ausschnitt der Arbeit des Bundestages. Wir sollten uns allerdings immer bewusst sein, dass ein Parlament nicht

der Arbeit des Bundestages. Man sollte aus Erfahrung immer vertraut sein, dass ein Parlament nicht attraktiv, sondern vor allem leistungsfähig sein muss. Es muss demokratisch legitimiert und im eigentlichen Sinne des Wortes repräsentativ sein, es muss die Anliegen, Interessen, Wünsche und Ziele, die es in der Gesellschaft gibt, auch parlamentarisch abbilden. Die Debatten selbst sollten zuvorderst ernsthaft und zielorientiert sein. Wenn das alles auch attraktiv gestaltet werden kann, wunderbar. Aber das entscheidende Kriterium für die Arbeit und Darstellung eines Parlamentes ist nicht Attraktivität, auch wenn Politik medial vermittelt werden muss.

Stuttgart 21, der Streit um Flugrouten des neuen Berliner Großflughafens oder die Diskussion um die weitere Nutzung der Atomenergie scheinen von einer wachsenden Kluft zwischen Bürgerwillen und der Politik zu zeugen. Wie sehen Sie diese Entwicklung?

Was in Stuttgart stattgefunden hat, ist interessant und wichtig genug, ohne dass es gleich zu einer Neuerfindung der Politik erklärt werden müsste. Der nüchterne Blick auf die Erfahrungen in Stuttgart und anderswo lehrt, dass es mindestens klug und auch notwendig ist, für die Umsetzung von Großprojekten einen breiten Dialog zu organisieren. Solche Verfahren werden aber nicht außer Kraft setzen, dass es im Wesen einer repräsentativen Demokratie liegt, dass zwischen dem, was gewählte Repräsentanten demokratisch legitimiert entscheiden und dem zu diesem Zeitpunkt gemessenen Volkswillen keine völlige Übereinstimmung bestehen muss. Das ist auch keineswegs eine neue besorgniserregende Entwicklung: Nahezu alle politischen Richtungsentscheidungen dieser Bundesrepublik hatten zum Zeitpunkt, als sie im Bundestag beschlossen wurden, keine mehrheitliche Zustimmung in der Bevölkerung. Ob Einführung der Sozialen Marktwirtschaft, Aufbau der Bundeswehr, Einbeziehung der Bundesrepublik in die Nato – das alles war damals nicht Mehrheitswille der Deutschen. Genauso wäre der Euro mit einem Plebiszit ganz sicher nicht eingeführt worden. Für alle diese Richtungsentscheidungen kann man heute sagen, dass sie ein Segen für die Bundesrepublik waren, obwohl, nein, weil sich damals die gewählten Repräsentanten und nicht der Volkswille durchgesetzt haben. Unter diesem Gesichtspunkt empfehle ich uns, das wachsende Beteiligungsbedürfnis ernst zu nehmen, aber nicht das Kind einer bewährten repräsentativen Demokratie mit dem Bade populärer Stimmungen auszuschütten.

Laut Umfragen haben zwei Drittel der Bürger nach wie vor großes Vertrauen in die Demokratie, allerdings nicht unbedingt in die politischen Akteure. Wie kann verloren gegangenes Vertrauen zurück gewonnen werden?

Neben dieser auffälligen Diskrepanz zwischen dem Staatsvertrauen und dem Misstrauen in die politischen Akteure existiert eine beachtliche Differenz zwischen der Zustimmung zu einer demokratischen Verfassung und rechtsstaatlichen Prinzipien auf der einen Seite und der Enttäuschung, der Wut über konkrete politische Vorgänge auf der anderen. Offenbar unterscheiden die Bürger zwischen ihrer Zustimmung zum politischen System, das sie nicht durch ein anderes ersetzen wollen, und ihrem Ärger über konkrete Repräsentanten und Beschlüsse, die ihnen nicht einleuchten. Das ist ja eigentlich die Voraussetzung für eine lebendige Demokratie. Zudem handelt es sich bei dem Verlust von Vertrauen um einen allgemeinen gesellschaftlichen Trend, von dem nicht nur politische Akteure, also Politiker und Parteien betroffen sind, sondern fast im gleichen Maße die Wirtschaft, Gewerkschaften, Kirchen und Medien. Das entbindet uns Politiker jedoch nicht davon, sich damit selbstkritisch auseinanderzusetzen.

Staatsbürgerliches Engagement entspricht unserem demokratischen Denken. Brauchen wir mehr plebiszitäre Elemente, um die repräsentative Demokratie fit zu machen für die Zukunft?

Ich bin da sehr zurückhaltend. Die Verfassungsväter und -mütter sind mit diesem zweifellos demokratischen Element außerordentlich restriktiv umgegangen. Bei politischen Entscheidungen müssen wir neben der Beteiligung von möglichst vielen Menschen immer auch im Auge behalten, dass unsere Gesellschaft ihre Handlungsfähigkeit bewahren muss. Die Frage, wo denn in

Deutschland ein Endlager für nukleare Brennstäbe errichtet werden könnte, oder wo wir Hochspannungsleitungen ziehen können, um den Transport von regenerativ erzeugtem Strom nach dort, wo er benötigt wird, ist durch Plebiszite nicht zu klären. Außerdem: So langweilig repräsentative Entscheidungsprozesse erscheinen mögen, so leistungsfähig sind sie auf der anderen Seite. Und sie haben einen wesentlichen Vorteil gegenüber jeglicher Art von Plebisziten: für jede Entscheidung, die sich später als richtig oder als falsch herausstellen kann, lassen sich eindeutig Verantwortliche identifizieren.

Herr Lammert, herzlichen Dank für das Gespräch!

Das Interview führte Ulrich Weigand, Urania Berlin

[Zur Veranstaltung](#)

Vita

Norbert Lammert wurde 1948 als ältestes von sieben Kindern eines Bäckermeisters in Bochum geboren. Nach dem Studium promovierte er zum Doktor der Sozialwissenschaften. Er arbeitete zunächst als freier Dozent in der Erwachsenen- und Weiterbildung sowie als Lehrbeauftragter an den Fachhochschulen Bochum und Hagen, bevor er 1980 erstmals in den Bundestag gewählt wurde. Lammert, der 1964 in die Junge Union und 1966 in die CDU eintrat, hatte im Laufe der vergangenen 27 Jahre verschiedene Positionen auf Landes- und Bundesebene inne. Unter der Regierung Kohl war er unter anderem Parlamentarischer Staatssekretär im Ministerium für Bildung und Wissenschaft, im Wirtschaftsministerium und im Verkehrsministerium. Nach dem Regierungswechsel 1998 blieb er als Abgeordneter im Bundestag und wurde 2002 stellvertretender Bundestagspräsident. 2005 wurde Lammert unter der jetzigen Regierung zum Bundestagspräsidenten gewählt. Er ist verheiratet und hat vier Kinder.

Copyright Abbildung: Uwe Voelkner / Medienforum.NRW